

DER HOLOCAUST IN DEN „BLOODLANDS“: DISTRIKT GALIZIEN

Eingangs möchte ein Zitat aus Frank-Walter Steinmeiers Rede in Kiew am 6. Oktober 2021, zum 80. Jahrestag des Massakers von Babin Jar, anführen, bei dem nahezu 34 000 jüdische Menschen ermordet wurden.

„Das Menschheitsverbrechen des Holocaust begann nicht erst in den deutschen Todesfabriken ... Es begann schon früher, auf dem Eroberungsfeldzug Richtung Osten, in Wäldern, am Rande von Ortschaften. Weit mehr als eine Million Juden fiel diesem Holocaust durch Kugeln in der Ukraine zum Opfer ... All diese Orte haben keinen angemessenen Ort in unserer Erinnerung“.

Der Hinweis auf die blinden Flecke in der deutschen Erinnerungskultur und der Begriff „Holocaust durch Kugeln“ verweisen auf das viel diskutierte Buch „Bloodlands“ von Timothy Snyder, dem im Jahre 2013 in Bremen der Hannah-Arendt-Preis verliehen wurde.

Als Bloodlands bezeichnet der US-amerikanische Historiker ein Gebiet, das Ostpolen, die baltischen Länder, Weißrussland und einen Großteil der Ukraine, darunter Galizien, umfasst. Dort hätten zwischen 1933 und 1945 das sowjetische und dann das Naziregime insgesamt ca. 14 Mio. Menschen ermordet. Schätzungsweise 3 Mio. von ihnen waren Juden, die im Zuge der sog. Endlösung der Judenfrage ums Leben gekommen waren. Trotz dieser ungeheuren Opferzahl und einiger markanter Eigenheiten des Holocaust in den Bloodlands, die eine Modifizierung der Sicht dieses singulären Menschheitsverbrechens erforderlich machten, sei das Geschehen in der Forschung bislang kaum beachtet worden und in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt, klagt der Historiker. Der letzte Punkt bedarf aber einer Korrektur: Die Holocaustforschung hat die genannte Lücke seit den 1990er Jahren weitgehend geschlossen, wozu nicht zuletzt die deutschen Historiker Dieter Pohl und Thomas Sandkühler wesentlich beigetragen haben. Deren wichtigste Arbeiten zu diesem Thema, die übrigens schon anderthalb Jahrzehnte vor der Publikation der „Bloodlands“ (2010) erschienen waren, bestätigen dabei die These von den Besonderheiten des Holocaust auf diesem Gebiet, zu denen die Autoren, genauso wie Snyder, die Beteiligung von einheimischen Milizen und Teilen der Zivilbevölkerung an den Morden,

Massenerschießungen ungeheuren Ausmaßes durch die sog. Einsatzgruppen und die Zwangsarbeit als Mittel zur Dezimierung und Vorstufe zur Ausrottung der jüdischen Bevölkerung zählen.

Galizien gehörte seit dem Mittelalter zum Königreich Polen, wurde in Folge der ersten Teilung Polens 1772 von der Habsburgermonarchie annektiert und fiel nach dem Zerfall Österreich-Ungarns 1918 wieder an Polen zurück. Es war ein multiethnisches Land, in dem aber die Polen (im Westen) und die Ukrainer (im Osten) zahlenmäßig stark dominierten. Sie stellten beispielsweise 1921 58% und 35% der Bevölkerung. Die Juden bildeten die drittgrößte Volksgruppe. Ihre Zahl betrug zu der Zeit fast 1 Mio. Menschen. Sie lebten v.a. in den Städten, waren meist gut integriert, sprachen Polnisch oder Deutsch und betätigten sich vornehmlich im Handel und Handwerk. Die Landjuden dagegen benutzten Jiddisch, bekannten sich zum orthodoxen Judentum oder zum Chassidismus, waren Klein- oder Wanderhändler und lebten – wie ihre ukrainischen Nachbarn – in großer Armut. Einige von ihnen dienten aber dem polnischen Adel als Gutsverwalter oder Pächter und waren daher den Ukrainern verhasst. Das gilt als eine der Hauptursachen des traditionellen ukrainischen Antisemitismus.

Die Folgen des sog. Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939 feuerten die Judenfeindschaft weiter an. Im geheimen Zusatzprotokoll zu dem Vertrag legten Deutschland und die Sowjetunion ihre Interessensphären im östlichen Europa fest, um Konflikte bei der Verwirklichung ihrer expansionistischen Pläne zu vermeiden. Am 1. September 1939 griff zunächst Nazideutschland Polen an. Die polnische Armee setzte sich zur Wehr, war dem Aggressor aber zahlenmäßig und in der Ausrüstung weit unterlegen und musste am 6. Oktober den Widerstand beenden. Die Sowjetunion trat in den Krieg erst am 17. September ein, als der deutsche Sieg schon in Sicht war. Sie besetzte Ostpolen, um – wie sie beteuerte - ihre „slawischen Brudervölker“ zu schützen. In Wirklichkeit ging es ihr primär um die Sicherung ihres Teils der Beute. Das belegt nicht zuletzt der Umstand, dass sie anschließend auch Bessarabien und den nördlichen Teil der Bukowina, die zuvor zu Rumänien gehört hatten, sowie die baltischen Länder Litauen, Lettland und Estland besetzte und einen Krieg mit Finnland vom Zaun brach. Polen wurde dreigeteilt: Deutschland schloss dessen Westteil dem Reich an und errichtete in Zentralpolen das Generalgouvernement, während die Sowjetunion Ostgalizien und weitere Teile Ostpolens in die Ukrainische und Weißrussische

Sowjetrepublik integrierte.

Die Sowjets errichteten in Ostgalizien ein Terrorregime, das sich v.a. gegen (teilweise nur vermeintliche) politische Gegner, sog. „Klassenfeinde“ und nicht zuletzt die polnische Elite allgemein richtete. Im März 1940 stimmte das Moskauer Politbüro mit Stalin dem Vorschlag des Geheimdienstchefs Lawrentij Berija zu, rund 25 000 „eingeschworene Feinde der Sowjetmacht“ zu liquidieren. Daraufhin wurden im April und Mai rund 4 ½ tausend polnische Offiziere in einem Wald bei Katyn heimtückisch ermordet. Weiteren Massenerschießungen fielen im gleichen Jahr noch mindestens 20 000 Menschen zum Opfer, 25 000 starben in den Gefängnissen und Lagern. Außerdem wurden im Februar und April 40 zwischen 150 und 200 000 Ukrainer und Polen, darunter auch Ärzte, Lehrer und Geistliche, in den Gulag deportiert. Im August folgten ihnen weitere über 78 000 Personen, gut 80% davon jüdische Flüchtlinge aus Westgalizien, die sich geweigert hatten, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, da sie nach der erhofften Wiederherstellung Polens in ihre Heimat zurückkehren wollten.

Gleichzeitig leiteten die Besatzer die Sowjetisierung des Landes in die Wege. Sie enteigneten den Großgrundbesitz, kollektivierten die Landwirtschaft, verstaatlichten Industrie, Handel und Banken und lösten politische Parteien sowie alle ukrainische, polnische und jüdische Organisationen auf. Damit brachten sie die Mehrheit der Ukrainer gegen sich auf, während die Haltung der Juden zwiegespalten war. Viele von ihnen traten der KP bei und nahmen Arbeit in der Verwaltung an, da sie das Sowjetregime als einen Beschützer vor dem ukrainischen und polnischen Nationalismus ansahen und der Mär von der jüdischen Emanzipation in der UdSSR den Glauben schenkten. Jüdische Bauern, Handwerker Händler und Angehörige der Intelligenz lehnten die Besatzer dagegen mehrheitlich ab und wurden deshalb drangsaliert. Nicht anders erging es am Ende aber auch vielen ihrer zunächst kollaborationswilligen Glaubensgenossen, die sich später vom Sowjetregime desillusioniert abgewandt hatten oder als „Klassenfeinde“ abgestempelt worden waren. Trotz dieser diffusen Gesamtlage erachteten breite Kreise der ukrainischen Bevölkerung die Juden als Anhänger, Profiteure oder sogar Drahtzieher der Sowjetherrschaft.

Am 22. Juni 1941 überfiel Nazideutschland die Sowjetunion. Drei Heeresgruppen der Wehrmacht mit über drei Millionen Soldaten stießen schnell vor und besetzten bis

Jahresende das Baltikum, Weißrussland und einen Großteil der Ukraine. Ihnen folgten vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, des Sicherheitsdienstes der SS, die nach der Übereinkunft zwischen dem OKH und dem Berliner RSHA vom März 1941 „Sicherungs- und Befriedungsaufgaben im rückwärtigen Heeresgebiet“ durchführen sollten. Die Weisungen Reinhard Heydrichs, des Chefs des RSHA, vom Juli 41 waren konkreter: Sie sprachen von der Bekämpfung und Liquidierung „reichs- und deutschfeindlicher Elemente“, zu denen sie „Angehörige des sowjetischen Staats- und Parteiapparats“, „Politkommissare der Roten Armee“ und „Juden in Partei- und Staatsstellungen“ zählten. Faktisch richtete sich die Mordkampagne der EGen insbesondere gegen die Juden. Das belegen deren sog. Ereignismeldungen, z.B. diese vom 6. März 1942: Das SK 4b habe 1 317 Personen exekutiert, unter denen sich 1 224 Juden befunden hätten, während das EK 5 1 880 Personen, darunter 1 580 Juden, erschossen habe. Die genannten Kommandos gehörten der Einsatzgruppe C an, deren erstes Operationsgebiet sich in Ostgalizien befand. Der deutsche Einmarsch wurde von den Ukrainern mehrheitlich begrüßt und löste zugleich, wie in fast allen zuvor sowjetisch besetzten Gebieten, eine Welle antijüdischer Gewalt aus. Daran beteiligt waren neben den deutschen Polizeikommandos die neu formierte ukrainische Miliz und Teile der Zivilbevölkerung. Den Auslöser bildete die Entdeckung Tausender Toten in den Gefängnissen des sowjetischen Geheimdienstes, wofür die Nazis und die ukrainischen Nationalisten die Juden verantwortlich machten. Wie der folgende Eintrag im Kriegstagebuch einer Wehrmachtseinheit belegt, nahmen es auch die deutschen Soldaten so wahr - oder sollten es jedenfalls so wahrnehmen: „Unter der Bevölkerung herrscht ... rasende Erbitterung, die sich gegenüber den in der Stadt lebenden Juden, die mit den Bolschewisten zusammengearbeitet haben, Luft macht“.

Das blutigste Gemetzel ereignete sich vom 30. Juni bis 5. Juli in Lemberg, wo zu der Zeit neben rund 160 000 Polen und 50 000 Ukrainern bis zu 150 000 Juden lebten, darunter viele Flüchtlinge aus den seit 1939 von Deutschland besetzten Gebieten. Die ukrainische Miliz und fanatisierte Zivilisten trieben ihre jüdischen Nachbarn mit Schlägen zu den ehemaligen Gefängnissen des NKWD, wo diese die Leichen bergen und im Hof aufbahren mussten, während sie der Pöbel mit Holzknüppeln und Spaten prügelte und dabei viele von ihnen tötete. Derweil erschossen Angehörige der Einsatzkommandos 5 und 6, angeblich ebenfalls als Vergeltung für die Gräueltaten der Sowjets, etwa 1 000 Juden, und das

Einsatzkommando z.b.V. exekutierte in einem Stadtpark 22 polnische Professoren der Lemberger Hochschulen, teilweise samt ihren Verwandten. Vom 25. bis 27. Juli fand in Lemberg ein zweites Pogrom statt: Ukrainische Milizionäre und Angehörige des Einsatzkommandos z.b.V. erschossen in einen Wald außerhalb der Stadt ca. 1 700 Juden. Die Opferzahl der beiden Pogrome wird auf nahezu 4 000 Personen geschätzt.

Insgesamt fanden in Ostgalizien bis Ende Juli 41 noch weitere 34 Pogrome statt, denen Tausende Juden zum Opfer fielen. Die Einsatzgruppe C berichtete daher am 16. Juli nach Berlin über „begrüßenswerte Aktivitäten der Ukrainer gegen die Juden“. Konkrete Meldungen liegen aus Tarnopol, Brody und Zloczow vor. Das Geschehen in Zloczow wurde von der Wehrmacht so dargestellt: „In der Stadt und auf der Zitadelle finden Massenerschießungen und Ermordungen auf offener Straße von Juden und Russen einschließlich Frauen und Kindern durch die Ukrainer statt“. Unterdessen setzten die deutschen Mordkommandos die Massenerschießungen fort.

Die Historiker stimmen darin überein, dass die Pogrome zwar durch die Gräueltaten des sowjetischen Geheimdienstes ausgelöst wurden, sehen ihre Hauptursache aber in der schon erwähnten Überzeugung vieler Ukrainer, die Juden hätten mit den Sowjetbesatzern kollaboriert. Wie die in Lemberg verbreiteten Flugblätter und Plakate zeigen, nutzten die Besatzer und die ukrainischen Nationalisten aber diese Sicht der Sowjetherrschaft, um den Judenhass in der Bevölkerung weiter anzufachen. Reinhard Heydrichs Weisung für die Einsatzgruppen vom 29. Juni 41 belegt dabei, dass die Naziführung judenfeindliche Aktionen der einheimischen Bevölkerung voraussah und deren Unterstützung plante: „Den Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer und antijüdischer Kreise ... ist kein Hindernis zu bereiten. Sie sind im Gegenteil, allerdings spurlos, auszulösen, zu intensivieren, wenn erforderlich in die richtigen Bahnen zu lenken“.

Bei der Darstellung der Kollaboration von Teilen der ukrainischen Bevölkerung mit den Nazis muss man die Rolle der Organisation der ukrainischen Nationalisten berücksichtigen. Die 1929 in Wien gegründete OUN strebte die Errichtung eines ethnisch homogenen ukrainischen Staates an und sah in den Polen und den Russen daher ihre Hauptfeinde. Der Antisemitismus gehörte zwar auch zu ihrem ideologischen Rüstzeug, stand aber zunächst nicht im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit. Die sowjetische Besatzung der Westukraine verschärfte aber die Judenfeindschaft der Organisation, die die Juden nunmehr als eine

wichtige Stütze der verhassten Sowjetherrschaft ansah. So hieß es im Grundsatzprogramm der von Stepan Bandera angeführten Fraktion der OUN vom April 1941: „Die Juden in der Sowjetunion sind die ergebensten Unterstützer des herrschenden bolschewistischen Regimes und die Vorhut des moskowitzischen Imperialismus“. Von den Deutschen erhofften sich die ukrainischen Nationalisten dagegen die Unterstützung für ihren Befreiungskampf, was aber mit der Ideologie und den Kriegszielen der Nazis unvereinbar war. Als führende Mitglieder der OUN am 30. Juni in Lemberg dennoch die Unabhängigkeit der Ukraine ausriefen, wurden sie verhaftet und in ein Konzentrationslager verbracht. Diese Erfahrung sowie die rücksichtslose Brutalität der Invasoren auch gegenüber der ukrainischen Bevölkerung führten zur Entfremdung der OUN von ihren vermeintlichen Verbündeten, die sich 1942 z.B. in diesem Flugblatttext niederschlug: „Die Ukraine befindet sich gegenwärtig zwischen Amboss und Hammer zweier feindlicher Imperialisten, Moskaus und Berlins ... Eine unwiderrufliche Forderung für das ukrainische Volk ist deshalb der Kampf gegen beide Imperialismen“. Die von der OUN gegründete Ukrainische Aufstandsarmee hielt sich aber nicht an diese Direktive. Sie kämpfte v.a. gegen die Rote Armee, die Partisanen und die Polen und erschoss auch jüdische Flüchtlinge, die ihr in die Hände fielen, während sie den deutschen Armee- und Polizeiverbänden bisweilen nur kleine Nadelstiche zu versetzen vermochte. Auf ihr Konto geht v.a. der Mord an rund 60 bis 80 000 polnischen Zivilisten in dem nördlich von Galizien gelegenen Wolhynien im Juli 1943. Mit den Besatzern kollaborierte auch die aus den Milizen hervorgegangene und ebenfalls von der OUN dominierte Ukrainische Hilfspolizei. Sie half ihnen bei der Verhaftung der Juden, beteiligte sich an den Massenerschießungen und versah den Wachdienst in den Ghettos und Arbeitslagern. Kollaboration muss man schließlich auch denjenigen Ukrainern zum Vorwurf machen, die in den sog. Hilfsschutzmannschaften, in speziellen Bataillonen der Wehrmacht mit den Tarnnamen „Nachtigall“ und „Roland“ oder in der Freiwilligendivision der SS Galizien dienten, deren Mitwirkung an den Judenmorden eindeutig belegt ist.

Nachdem die Wehrmacht und die Einsatzgruppe C Ende Juli 1941 weiter in den Osten gezogen waren, wurde Ostgalizien unter dem Namen „Distrikt Galizien“ in das GG eingegliedert und der Zivilverwaltung unterstellt, die anfangs auch in der Judenpolitik eine zentrale Rolle spielte. Sie ordnete z.B. die Kennzeichnung der Juden sowie deren Ausschluss aus dem Wirtschaftsleben und deren Zwangsarbeit an. Die Mordeinsätze selbst oblagen nunmehr den personell stark aufgestockten, stationären Dienststellen der

Sicherheitspolizei und der SS. Himmler verband diese von ihm befohlene „Straffung der polizeilichen Sicherung“ mit der Ernennung von Friedrich Katzmann zum SSPF und damit zum Befehlshaber sämtlicher Polizeizweige im Distrikt Galizien. Ihm unterstand demnach nicht nur die Sicherheitspolizei und der SD, sondern auch die zahlenmäßig viel stärkere Ordnungspolizei. Später errang Katzmann de facto sogar auch die Weisungsbefugnis gegenüber dem Generalgouverneur. Er war der starke Mann des Besatzungsregimes und der Hauptverantwortliche für den Judenmord in Ostgalizien.

Die Mordkampagne richtete sich zunächst „nur“ gegen jüdische Männer im wehrfähigen Alter, Mitte August 41 befahl aber Himmler den SS- und Polizeiführern „die unterschiedslose Tötung aller Juden“, also auch der Frauen und Kinder. Der Kommandeur einer EG sprach bei der Bekanntgabe dieser Direktive von „grundsätzlichen, schriftlich nicht zu erörternden Befehlen von höherer Stelle“, die eine „sofortige Säuberung des gesamten Ostlandes von Juden“ anordneten. Damit überschritt das Regime endgültig die Schwelle zum Völkermord, den die Naziideologie und Hitlers pathologischer Judenhass allerdings von Anfang an impliziert hatten. So orakelte der „Führer“ in seiner bekannten Rede vor dem Reichstag am 31. Januar 1939: „Wenn es dem internationalen Judentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“.

Katzmann informierte die Befehlshaber aller Polizeizweige in Ostgalizien über den neuen Kurs Anfang Oktober 41. Dabei erteilte er gleich Hans Krüger, dem Kommandeur der Außendienststelle der Sicherheitspolizei und des SD in Stanislau (heutiger Name Iwano-Frankiwsk), den Auftrag, mit den „Säuberungen“ im Süden des Distrikts zu beginnen. So überfiel ein von diesem angeführtes Kommando zunächst das Städtchen Nadworna und erschoss etwa 2 000 seiner jüdischen Einwohner, darunter viele Frauen und Kinder. Das war nur die Ouvertüre zum sog. Blutsonntag in der Kreisstadt Stanislau, in dessen Verlauf am 12. Oktober 10 bis 12 000 einheimische Juden auf dem jüdischen Friedhof liquidiert wurden. Weitere Massenerschießungen ordnete ebenfalls im Süden der Chef der Dienststelle der Sicherheitspolizei in Kolomea, Peter Leideritz, an. Ein Kommando, dem neben der Sicherheitspolizei ein Reservebataillon der Ordnungspolizei und ukrainische Hilfspolizisten angehörten, tötete am 12. Oktober, zeitgleich mit dem Massaker in Stanislau, 2 850 jüdische

Männer, Frauen und Kinder in Kolomea selbst und am 16. und 17. Oktober weitere mindestens 2 000 Juden im südlich davon gelegenen Kossow. Derweil gingen die SS und die Polizei nun dazu über, sowjetische Kriegsgefangene, die sie als „unerwünscht“ ansahen, also vor allem jüdische Soldaten und Offiziere, systematisch zu exekutieren.

Als der Vormarsch der Wehrmacht Ende 1941 vor Moskau zum Stillstand kam und die Rote Armee eine Gegenoffensive startete, muss der Berliner Naziführung klar geworden sein, dass ihr Plan, die noch lebenden Juden im gleichen Jahr in ein „Reservat“ weiter im Osten abzuschieben, nicht mehr realisierbar war. Sie forderte ihre Statthalter in den besetzten Gebieten daher auf, die „Endlösung“ an Ort und Stelle selbst in die Hand zu nehmen. Generalgouverneur Hans Frank erklärte es seinen Ministern am 16. Dezember 41 so: „Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland (Baltikum) in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat (Ukraine) auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! Meine Herren, ich muss Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist“.

Das Geschehen im Distrikt Galizien lässt aber darauf schließen, dass die dortige Verwaltung die Verfügung nur als eine Bestätigung des Fernziels der nationalsozialistischen Judenpolitik verstand. Sie entschied nämlich, dem SS- und Polizeiapparat zunächst „nur“ alte und kranke Menschen auszuliefern und arbeitsfähige Juden, vor allem Fachkräfte, vorläufig zu verschonen. Ob das mit der Naziführung abgesprochen war, ist nicht bekannt, fest steht aber, dass diese die Regelung als eine vorübergehende Lösung akzeptierte, gleichzeitig aber betonte, dass die Juden am Ende würden „verschwinden“ müssen. Die Wehrmacht brauchte die jüdischen Arbeitskräfte für den zur Truppenversorgung notwendigen Ausbau des Straßennetzes und für Reparaturarbeiten in ihren Werkstätten und begrüßte daher diese Praxis. Auch die Wirtschaftsunternehmen waren damit einverstanden, da sie die Juden wegen des Arbeitskräftemangels ebenfalls so lange wie möglich beschäftigen wollten. So ordnete die Verwaltung am 1. September 41 strenge Aufenthaltsbeschränkungen und drei Wochen später den Arbeitszwang für alle Juden im Alter von 16 bis 60 Jahren an. Gleichzeitig nahm sie den Bau von Zwangsarbeitslagern in Angriff.

Das gigantische Bauprojekt der sog. Durchgangsstraße IV, eine Verlängerung der Strecke Berlin - Lemberg über Tarnopol bis nach Stalino (das heutige Donezk), machte die Errichtung einer Vielzahl von Zwangsarbeitslagern erforderlich, in denen im Herbst 1942 schon zwischen 10 und 12 000 Juden interniert waren. Die dortige Sterberate war nicht nur wegen der schweren körperlichen Arbeit und der mangelnden Ernährung extrem hoch, sondern auch deshalb, weil die Wachen willkürliche Erschießungen vornahmen. Solche Verluste nahm die SS, unter deren Regie das Projekt stattfand, aber bewusst in Kauf, wie Katzmans Instruktionen für die Lagerführer vom Oktober 41 belegen: Die Juden hätten „den Krieg begonnen“ und müssten daher „wie Feinde im Krieg bekämpft werden“, stellte der SSPF eingangs fest, um dann fortzufahren, dass es unerheblich sei, „wie viele Zwangsarbeiter auf der Strecke“ blieben. Darin klingt schon das Konzept der „Vernichtung durch Arbeit“ an, das von der Naziführung erst im Januar 1942 auf der Wannseekonferenz offiziell beschlossen wurde. Heydrich beschrieb es so: „In großen Arbeitskolonnen ... werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird“. Der Chef des RSHA fügte dem hinzu, dass anschließend auch der „Restbestand werde entsprechend behandelt werden müssen“, da er sonst „als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus“ dienen könnte.

Das größte Zwangsarbeitslager befand sich auf einem Fabrikgelände in der Lemberger Janowska-Straße, auf dem die Deutschen Ausrüstungswerke (DAW) ihren Sitz hatten. Das Areal wurde etwas erweitert und mit primitiven Baracken bebaut, in denen jeweils bis zu 2 000 jüdische Zwangsarbeiter zusammengepfercht waren. Sie wurden entweder von der DAW selbst beschäftigt oder gingen verschiedenen Arbeiten in der Stadt nach. Einzelne Brigaden mussten zum Beispiel die Grabsteine vom jüdischen Friedhof für den Straßenbau vorbereiten, Militäruniformen nähen oder Möbel für die SS bauen. Ab August 42 fanden in den Sandhügeln hinter der Anlage zudem regelmäßige Massenerschießungen statt, bei denen bis 1944 rund 40 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordet wurden.

Viele Juden arbeiteten außerdem in Rüstungsfabriken und verschiedenen Dienststellen der Wehrmacht sowie bei der Ostbahn. Genaue Angaben über ihre Zahl gibt es nur für das gesamte GG. Dort wurden Mitte 1942 beispielsweise von der Ostbahn knapp 24 000 und von der Wehrmacht sogar über 300 000 jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt. Andere Juden arbeiteten in sog. Städtischen Werkstätten, die etwa als Wäschereien dienten oder in denen

Möbel, Uniformen und Schuhe hergestellt wurden. Trotz der schweren Arbeit und der meist katastrophalen Lebensverhältnisse in den Lagern waren solche Beschäftigungen begehrt, da sie den Juden zumindest vorübergehend einen gewissen Schutz vor der Willkür des SS- und Polizeiapparats gewährten. Das traf in besonderem Maße für die Beschäftigten der Firma Karpathen-Öl AG in Drohobycz, die die Wehrmacht mit dem kriegswichtigen Treibstoff versorgte. Sie wurden nicht nur besser untergebracht und gepflegt als sonst üblich, sondern hatten auch einen einflussreichen und oft erfolgreichen Beschützer: Berthold Beitz, den kaufmännischen Leiter des Unternehmens, der nach 1945 als Generalbevollmächtigter des Krupp-Konzerns zu den bedeutendsten Wirtschaftslenkern der Bundesrepublik gehörte. Er versorgte die jüdischen Zwangsarbeiter mit zusätzlichen Lebensmitteln, warnte sie vor Polizeirazzien und rettete viele von ihnen vor Deportationen, indem er sie als für die Firma unabkömmlich reklamierte. Daher wurde ihm im Oktober 1973 in der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem der Ehrentitel eines Gerechten unter den Völkern verliehen.

Die Haltung der Wehrmacht zum Treiben des SS- und Polizeiapparats war widersprüchlich. Viele Offiziere und sogar einige Generäle kritisierten die Massenmorde, die dem soldatischen Ehrenkodex widersprachen, und ihre ablehnende Haltung nahm noch zu, als die Polizeikommandos begannen, auch Frauen und Kinder zu erschießen. Wie ein Major nach einer Inspektionsreise Anfang Dezember 41 berichtete, wurden diese Tötungen „im Offizierskorps fast allgemein abgelehnt“. Gleichzeitig musste die Wehrmacht aber die ihr auferlegte Verpflichtung erfüllen, gefangene jüdische Soldaten und Offiziere dem SS- und Polizeiapparat auszuliefern. Und damit nicht genug: Sie brachte die Opfer auch oft zu den Exekutionsstätten, sicherte diese während der Erschießungen und versorgte die Kommandos mit Munition. Einzelne Truppenführer forderten die Sicherheitspolizei sogar ihrerseits zu „Säuberungen“ auf. Im Jahre 1942 spitzten sich die Konflikte zwischen der Wehrmacht und der Polizei wegen der Behandlung der jüdischen Arbeitskräfte erneut zu.

Auch die Ostbahn und private Wirtschaftsunternehmen klagten oft über die Massaker der SS- und Polizeitruppen und hoben zugleich den kriegswirtschaftlichen Nutzen der jüdischen Arbeit hervor. So hob der Leiter der HA Bevölkerungswesen und Fürsorge der Krakauer Regierung am 22. Juni 42 hervor, dass die „Umsiedlung der Juden auf allen Sektoren des öffentlichen Lebens tiefgreifende Auswirkungen“ hätten und er „zur Zeit auf den jüdischen Arbeitseinsatz absolut angewiesen“ sei. Am 18. September warnte sein Kollege von der HA

Arbeit, dass „eine Verringerung der für die Ostbahn tätigen (jüdischen) Arbeitskräfte für die Front Nachteile zur Folge haben (würde), die niemand verantworten“ könne.

Die Konflikte riefen schließlich die Berliner Naziführung auf den Plan, die im September 42 beschloss, dass jüdische Facharbeiter nur in kriegsrelevanten Betrieben weiter beschäftigt, dabei aber in Lagern der SS untergebracht werden müssten. Die SS würde sie bei Bedarf an die Wehrmacht und die Unternehmen „verleihen“. Gleichzeitig stärkte sie aber die Position des Polizeiapparats, indem sie die Hauptkompetenz bei der „Lösung der Judenfrage“ auf Himmler übertrug. Dieser stellte gleich klar, dass die Juden nur noch in echten Rüstungsbetrieben geduldet würden und auch dort „Zug um Zug“ durch polnische Arbeiter ersetzt werden müssten. Generalgouverneur Frank, das OKW und das Ministerium für die besetzten Gebiete nahmen diese Entscheidung widerspruchslos hin und informierten darüber ihre nachgeordneten Dienststellen. Das genannte Ministerium zum Beispiel legte in einem Rundschreiben fest: „In der Judenfrage dürfte inzwischen durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen (worden) sein. Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben“. Himmler lieferte dem noch einen Befehl nach, bis wann alle Juden „umgesiedelt“ werden müssten: „Ich ordne an, dass die Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des GG bis 31. Dezember 1942 durchgeführt und beendet ist“. Auch über diese Order wurden anschließend die Befehlshaber aller Polizeiformationen informiert. Ein Kommandeur der Sicherheitspolizei gab bei seiner Vernehmung nach dem Krieg an: „Aus einem Führerbefehl, der mir als Geheime Reichssache ... bekannt wurde, ging hervor, dass die Juden des GG restlos zur Umsiedlung gebracht werden mussten. Als federführend wurden dabei die jeweiligen SSPF genannt. Alle Polizeieinheiten ... und wurden zu diesen Umsiedlungsaktionen herangezogen“. Im Einklang damit konnte auch im Distrikt Galizien Katzmann seither wirtschaftliche Argumente schlicht beiseite schieben und die „Endlösung der Judenfrage“ zur obersten politischen Priorität erklären. Dem mussten sich allmählich auch „kriegsrelevante“ Firmen wie die schon genannte Karpathen-Öl AG fügen.

Nach weiteren Rückschlägen im Russlandfeldzug erinnerte Hitler in Gesprächen mit anderen Repräsentanten des Naziregimes wie auch bei öffentlichen Auftritten immer öfter an seine „Prophezeiung“ von 1939, der Ausbruch eines Weltkrieges würde „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ zur Folge haben, und kündigte damit indirekt die

bevorstehende „Endlösung der Judenfrage“ an. Dass es Angehörige der Partei- und Staatsführung so verstanden und auch billigten, deutet diese Notiz in Goebbels Tagebuch an: „Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muss die notwendige Folge sein“.

Die Umsetzung dieses monströsen Plan zunächst im GG hatte die Berliner Führung aber schon Ende September oder Anfang Oktober 1941 beschlossen. Das war das erklärte Ziel der sog. „Aktion Reinhardt“, mit deren Organisation Himmler den SSPF in Lublin Odilo Globocnik betraut hatte. Bei einem Treffen am 13. Oktober 41 stimmte der RFSS dessen Vorschlägen zu, die im Wesentlichen zwei Punkte umfassten: 1. die Errichtung mehrerer Vernichtungslager mit stationären Gaskammern, in denen die Opfer durch Kohlenmonoxid aus Gasflaschen oder Benzinmotorenabgasen getötet werden sollten. Und 2. die Heranziehung der sog. Trawniki, sowjetischer Kriegsgefangenen, die auf ihren Einsatz im Ausbildungslager der SS in Trawniki bei Lublin vorbereitet wurden; sie sollten die Opfer überwachen und in die Gaskammern treiben. Globocnik entschied sich für die Vergasung nicht zuletzt deshalb, weil er dabei auf das „Expertenwissen“ der Mitarbeiter der Kanzlei des Führers zurückgreifen konnte, die in den Jahren 1940 und 41 im Rahmen des Euthanasie-Programms in Deutschland mehr als 70 000 Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen auf diese Weise getötet hatten und seither beschäftigungslos waren. Diese etwa 120 Männer spielten beim Holocaust nach den Erkenntnissen der aktuellen Forschung eine viel wichtigere Rolle als man zuvor angenommen hatte. Himmler stimmte Globocniks Vorschlägen auch deshalb sofort zu, weil sie seinen Sorgen um die psychischen Belastungen der SS-Männer durch die Massenerschießungen und zugleich auch seinem Wunsch Rechnung trugen, den Judenmord vor der Öffentlichkeit so gut wie möglich zu verheimlichen.

Im März 1942 wurde das Lager in Belzec, gelegen an der Bahnstrecke zwischen Lemberg und Lublin, in Betrieb genommen. Sein erster Kommandant war SS-Hauptsturmführer Christian Wirth, der auch bei der Euthanasie-Aktion eine Führungsposition innegehabt hatte. Nach seiner Ernennung zum Inspekteur aller Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ folgte ihm im August 42 Gottlieb Hering, der daher ebenfalls zum SS-Hauptsturmführer befördert wurde. Das Personal bestand die meiste Zeit aus maximal 20 SS-Männern und 70 bis 120 Trawniki, die hier „SS-Wachmannschaften“ genannt wurden. Für die Entfernung der Leichen aus den Gaskammern, deren Verscharren in Massengräbern

und die Verwertung der Kleidung und anderer Habseligkeiten der Opfer waren jüdische Sonderkommandos mit insgesamt bis zu 500 Personen verantwortlich, deren Mitglieder später meist ermordet und durch neue Deportierte ersetzt wurden.

In der ersten Phase, zwischen Mitte März und Mitte Juni 1942, wurden schwerpunktmäßig Juden aus den Kreisen Lublin, Krakau und Lemberg nach Belzec deportiert und dort gleich nach der Ankunft vergast. Rund 37 000 von ihnen stammten aus dem Distrikt Galizien, mindestens 10 000 davon aus Lemberg, je 6 000 aus Stanislaw und Kolomea und 4 500 aus Rawa Ruska. Es waren vorwiegend arbeitsunfähige Menschen – alte Männer, Frauen und Kinder. Propagandaminister Goebbels notierte dazu in seinem Tagebuch: „Aus dem Generalgouvernement werden jetzt, bei Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig“.

Die Einstellung der Transporte hat in den am Leben gebliebenen Juden Berichten zufolge die Hoffnung geweckt, die Nazis würden nach der Liquidierung der Arbeitsunfähigen ihre Vernichtungspolitik beenden und sie weiter als Arbeitskräfte beschäftigen. Wie sich später zeigte, diente sie aber dem Bau eines neuen Gebäudes mit sechs – statt zuvor drei - größeren Gaskammern, in denen etwa 4 000 Menschen auf einmal getötet werden konnten. Der Massenmord sollte, entsprechend Himmlers Weisung, beschleunigt und bis Ende 1942 abgeschlossen werden.

In der zweiten Phase, vom Ende Juni bis Mitte Dezember 42, waren die Lemberger Juden unter den Opfern wieder stark vertreten. Vom 10. bis 23. August führten mehrere Polizei- und SS-Einheiten, unterstützt von der Ukrainischen Hilfspolizei, in Lemberg eine Großrazzia durch, an deren Ende 38 bis 40 000 Juden in Viehwaggons nach Belzec deportiert und dort gleich nach der Ankunft vergast wurden. Etwa 1 000 alte und kranke Menschen hatten die Polizisten schon zuvor in der Stadt erschossen. Ende November wurden weitere rund 10 000 Lemberger Juden in Belzec getötet. Nimmt man auch die Transporte aus dem Umland hinzu, so betrug die Opferzahl in der zweiten Phase nur in diesem Kreis fast 90 000 Personen. Außerdem wurden in dem Lager zwischen Juli und November 42 jeweils über 20 000 Juden aus den Kreisen Tarnopol und Kolomea, 11 000 aus dem Kreis Stryj, 8 000 aus Rawa Ruska und jeweils 7 000 aus Stanislaw und Drohobycz ermordet.

Wie die Deportationen vor sich gingen, lässt der Bericht des Befehlshabers eines Bataillons der Ordnungspolizei über zwei „Judenaktionen“ im September 42 erahnen. Am 7. September hätten sich auf Anordnung der Deutschen 5 300 jüdische Einwohner von Kolomea vor dem Arbeitsamt versammelt, weitere rund 600 Personen seien bei einer nochmaligen Durchkämmung des Judenviertels aufgespürt worden. Anschließend hätten die Polizisten etwa 300 „altersschwache, verseuchte, gebrechliche und nicht mehr transportfähige Juden“ an Ort und Stelle erschossen, ca. 1 000 Handwerker freigelassen und die restlichen 4 769 Personen in die Züge nach Belzec hineingepfercht. Unterwegs seien viele Ausbruchsversuche unternommen worden, die Begleitmannschaft habe aber die meisten Flüchtlinge wieder eingefangen oder erschossen. Drei Tage später, am 10. September, seien 8 205 Juden aus dem Umland von Kolomea an der Reihe gewesen. Wieder habe die Wachmannschaft Juden, die zu flüchten versucht hätten, erschossen oder, als ihr die Munition ausging, „mit Steinen vom fahrenden Zug und mit dem aufgefplanten Seitengewehr bei anhaltendem Zug“ getötet.

Im Dezember 1942 wurden die Deportationen nach Belzec endgültig eingestellt und das Lager geschlossen. Einige Tausend weitere galizische Juden wurden später in einem der beiden anderen Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“, Sobibor und Treblinka, ermordet. In Belzec traf anschließend ein Polizeikommando ein, das im Rahmen der von Himmler befohlenen Sonderaktion 1005 alle Spuren des Massenverbrechens beseitigen sollte. Ihm standen rund 500 jüdische Gefangene zur Verfügung, die die Massengräber öffnen und die darin verscharften Leichen exhumieren und auf riesigen Rosten aus Eisenbahnschienen und -schwelen verbrennen mussten. Anschließend hat man sie gezwungen, die Baracken abzureißen, das Gelände mit Gras und Bäumen zu bepflanzen und ein Bauernhaus zu errichten, das ein Volksdeutscher bezogen haben soll. Nach dem Ende der Aktion wurden die meisten jüdischen Gefangenen in Sobibor liquidiert.

Am 11. Januar 1943 schickte Hermann Höfle, der Judenreferent in Globocniks Leitungsstab, dem RSHA (zu Händen von A. Eichmann) einen chiffrierten Funkspruch, den der britische Abhördienst entzifferte, dessen Bedeutung aber erst Anfang der 2000er Jahre geklärt werden konnte: Es enthielt Angaben über die Zahl der jüdischen Opfer in den drei Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“ bis Ende 1942. Demnach wurden dort insgesamt 1 274 166 Juden „sonderbehandelt“, 434 508 von ihnen in Belzec. Aktuelle

Untersuchungen führen teilweise noch höhere Zahlen an, die im Falle von Belzec meist zwischen 450 und 500 000 schwanken. Aus Ostgalizien stammten nach den Berechnungen des polnischen Historikers Kruglow etwa 251 700 von ihnen.

Die Ghettobildung war im Distrikt Galizien zunächst gar nicht vorgesehen, am 17. Juli 41 verbot sie Generalgouverneur Frank sogar ausdrücklich mit der Begründung, dass „nach einer Erklärung des Führers die Juden in absehbarer Zeit aus dem GG entfernt“ würden. Dennoch wurden jüdische Familien in einigen Städten 1941 zum Umzug in bestimmte Viertel gezwungen. So mussten im November 110 bis 120 000 Lemberger Juden in einen heruntergekommenen, zum „jüdischen Wohnbezirk“ erklärten Stadtteil umziehen, wo viele von ihnen infolge von Kälte, Nahrungsmittelmangel und Enge der Wohnverhältnisse binnen Kurzem starben. Schätzungsweise 5 000 Alte und Kranke waren schon während der Umsiedlungsaktion von der Polizei erschossen worden. Katzmann beschrieb das in seinem Abschlussbericht mit dem ihm eigenen Zynismus wie folgt: „Bei dieser Umsiedlung der Juden in ein bestimmtes Stadtviertel wurden mehrere Schleusen errichtet, an denen das gesamte arbeitsscheue und asoziale Gesindel sonderbehandelt wurde“.

Im Verlauf des Jahres 1942 wurden aber in fast allen größeren Städten geschlossene Ghettos errichtet, in die später auch die Bewohner der aufgelösten jüdischen Gemeinden auf dem Lande umsiedeln mussten. Nach dem Ende der Deportationen wurden die Ghettos in Arbeitslager umgewandelt, in denen wieder Razzien stattfanden, bei denen jeweils Hunderte, manchmal sogar Tausende Menschen umgebracht wurden. Etwas „Besonderes“ ließ sich die Polizei in Drohobycz einfallen: Da ein Lagerinsasse einen Fluchtversuch unternommen und dabei von der Schusswaffe Gebrauch gemacht hatte, durften Deutsche am 19. November Juden auf offener Straße straflos ermorden. Der nachfolgenden Hetzjagd fiel u.a. der bekannte Schriftsteller und Maler Bruno Schulz zum Opfer. Er wurde von einem SS-Kameraden seines Beschützers Felix Landau aus Wut darüber erschossen, dass dieser zuvor seinen Schützling, einen jüdischen Zahnarzt, getötet hatte.

Nicht einmal die verheerenden Niederlagen der Wehrmacht an der Ostfront und die Landung der Westalliierten in Europa vermochten die Naziführung zur Einstellung der Judenmorde zu bewegen. Diese wurden im Gegenteil sogar noch beschleunigt. Himmler notierte dazu im Mai 43: „Die Evakuierung der restlichen rund 300 000 Juden im GG werde ich nicht abstoppen, sondern in größter Eile durchführen“. Einige Indizien sprechen dabei

für Snyders Erklärung dieses paranoid-irrational anmutenden Verhaltens: Das Scheitern des militärischen Plans, die Sowjetunion zu zerschlagen, habe Hitler und seine Paladine dazu bewogen, stattdessen „der physischen Vernichtung der Juden die oberste Priorität“ einzuräumen.

Im Jahre 1943 führte der deutsche Polizeiapparat weitere Massenerschießungen durch, die bei der Auflösung der Ghettos und Arbeitslager ihren Höhepunkt erreichten. In Lemberg z.B. liquidierte im Januar eine Einheit der SS mit Unterstützung der Ukrainischen Hilfspolizei zwischen 15 und 20 000 jüdische Gefangene in den Sandhügeln hinter dem Janowska-Lager. Am 1. Juni stieß ein anderes Polizeikommando, das auch das dort noch existierende Arbeitslager auflösen wollte, auf erbitterte Gegenwehr. Bei den Kämpfen kamen einige deutsche und ukrainische Polizisten ums Leben, die Verluste auf Seiten der Aufständischen waren aber viel größer: Rund 3 000 von ihnen kamen während der Kämpfe um, weitere 7 000 wurden anschließend in den Sandhügeln erschossen. Im Ghetto von Buczacz wurden von einem Kommando der Sicherheitspolizei und der ukrainischen Hilfspolizei etwa 3 000 Juden ermordet. Eine weitere „Aktion“ in der Stadt artete am 13. bis 16. April in ein wahres Gemetzel aus: Die meisten Juden, denen es im Februar gelungen war, sich zu verstecken, wurden nun von demselben Kommando aufgespürt und erschossen oder in ihren Verstecken verbrannt. Die Opferzahl betrug diesmal zwischen 2 800 bis 3 600 Menschen.

Die Mordmaschinerie der Nazis gelang es binnen drei Jahren, die jüdische Bevölkerung Ostgaliziens fast vollständig auszurotten und damit die mehr als tausendjährige Geschichte der Juden in einem ihrer Hauptsiedlungsgebiete zu beenden. Als die Rote Armee das Land befreite, traf sie dort nur noch auf wenige Juden: Im Kreis Lemberg zum Beispiel sollen es ca. 2 500 und im Kreis Drohobytsch knapp 1 800 Menschen gewesen sein. Die Gesamtzahl der Überlebenden des Holocaust in der Region wird auf 10 bis 15 000 geschätzt; das wären 2 bis 3% ihres Vorkriegsstandes – deutlich weniger als in den von den Nazis okkupierten Ländern Mittel- und Ostmitteleuropas. Heute leben in dem zur Ukraine gehörigen Ostgalizien ungefähr 25 000 Juden, etwa 5 000 davon in Lemberg.

Literatur

Musial, Bogdan: Die Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement, Wiesbaden 1999

Pohl, Dieter: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944, München 1997

Sandkühler, Thomas: Endlösung in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996

Snyder, Timothy. Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011

Die Hauptakteure des Besatzungsregimes

Hans Frank (1900-1946). Jurist, vor der „Machtergreifung“ Hitlers Rechtsverteidiger. Nach 1933 Reichsrechtsführer und Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Seit Oktober 1939 Generalgouverneur im GG. Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und im Oktober 1946 hingerichtet.

Otto Wächter (1901-1949), Jurist (Dr. jur.). SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei. 1939-1942 Gouverneur des Distrikts Krakau, 1942-1944 Gouverneur des Distrikts Galizien. Nach dem Krieg auf der sog. Rattenlinie mithilfe des Vatikans nach Italien geflüchtet. Starb 1949 in einem katholischen Kollegium in Rom; ob infolge einer Krankheit oder durch Vergiftung, ist umstritten.

Friedrich (Fritz) Katzmann (1906-1957), SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS und der Polizei. November 1939 bis Juli 1941 SS- und Polizeiführer (SSPF) im Distrikt Radom, anschließend bis April 1943 in gleicher Funktion im Distrikt Galizien. Nach 1945 unter falschem Namen in Deutschland unbehelligt gelebt. Erst nach seinem Tod 1957 im Krankenhaus in Wiesbaden wurde seine wahre Identität geklärt.

Odilo Globocnik (1904-1945), SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Reserve. Ab 1939 SSPF im Bezirk Lublin, ab 1943 HSSPF im „Adriatischen Küstenland“. Organisator der „Aktion Reinhardt“. Im Mai 1945 von den Briten verhaftet, Tod durch Suizid.